

Tradition und Revolution in der US-amerikanischen Außenpolitik – Plädoyer für historisches Verstehen*

JÜRGEN KOCKA

Nicht erst seit dem Irak-Krieg wird in Wissenschaft und Politik eine intensive Debatte darüber geführt, ob die derzeitige, maßgeblich von der Administration George W. Bush geprägte außenpolitische Strategie der USA – von Michael Mann als »neuer amerikanischer Imperialismus«¹ bezeichnet – aufgehen kann. Zahlreiche Beobachter vertreten die Ansicht, dass die unilateralistische und auf Militär gestützte Machtpolitik im gegenwärtigen internationalen System selbst eine Supermacht wie die USA überfordern muss – sie letztlich gar zur »ohnmächtigen Supermacht« werden lässt.

Die historische Genese der heutigen US-amerikanischen Außenpolitik – charakterisiert durch traditionelle Linien ebenso wie moderne, ja revolutionäre Elemente, die nicht immer widerspruchsfrei zueinander stehen – bleibt in dieser Debatte oft unterbelichtet. Dabei verspricht die historische Einordnung des amerikanischen Phänomens nicht nur wissenschaftliche, sondern auch politisch bedeutsame Einsichten. Denn die historische Erklärung bewahrt vor verständnisloser Verurteilung und begründet den nötigen Respekt auch vor Positionen, die man nicht teilt, sondern zurückweist.

Tradition und Moderne in der amerikanischen Außenpolitik

Die gegenwärtige amerikanische Außenpolitik steht zum einen in einer sehr langen Kontinuität. Seit Jahrhunderten haben sich Amerikaner ei-

* Bei diesem Kommentar handelt es sich um die gekürzte und bearbeitete Version einer Festrede, die der Autor anlässlich der Verleihung des Preises »Das politische Buch« der Friedrich-Ebert-Stiftung an Michael Mann in Berlin gehalten hat.

1. Michael Mann: *Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können*, Frankfurt a. M.: Campus. (Englische Originalausgabe: *Incoherent Empire*, New York: Verso.)

nem ausgewählten Volk zugehörig gefühlt, einem Volk mit der historischen Mission, Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt zu fördern, wenn nötig auch mit Macht und Gewalt: von der Besiedlung der Ostküste durch puritanische Auswanderer und die Verdrängung der Indianer (to put it mildly) über die rapide Westwanderung des 19. Jahrhunderts – »manifest destiny« – und die Errichtung eines kontinentalen Imperiums – »Informal Empire« – bis zu den Siegen über das autokratische Deutschland im Ersten Weltkrieg, über Hitlerismus, Faschismus und japanische Diktatur im Zweiten Weltkrieg und über das kommunistische »Reich des Bösen« (Reagan) bis Ende der 1980er Jahre. Amerikanische Politik war immer wieder höchst expansiv, von moralischen Grundsätzen, wirtschaftlichen Interessen und Machtbewusstsein getrieben, oft religiös motiviert, bisweilen geradezu manichäisch in der Unterscheidung von Gut und Böse, Freund und Feind.

Das Verhältnis der Amerikaner zu Europa war immer ambivalent, natürlich nicht homogen. Die Mehrheit kam von dort, gehörte wie die Europäer zur westlichen Zivilisation mit gemeinsamer Geschichte in frühen Jahrhunderten und sprach europäische Sprachen. Die Gebildeten bewunderten europäische Kultur. Zu einem erheblichen Teil war es europäisches Kapital, das die amerikanische Industrialisierung finanzierte. Die Verflechtungen hielten sich. Über die Weltkriege und den Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts blieb man mit Europa verbunden, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit blieb, das in der Gesellschaft allerdings sehr ungleich verteilt ist. Aber parallel dazu und vermischt damit, gab es immer die Strömungen der Skepsis, ja der Verachtung gegenüber Europa. Von dort war man geflohen, dem hatte man den Rücken gekehrt. Das war die alte, teilweise verrottete Welt, undemokratisch (früher), weniger tapfer und tüchtig (dann), allzu säkularisiert, prinzipienlos und verweicht – ein häufiger Vorwurf der letzten Jahrzehnte und Jahre.

Der Glaube an Freiheit, die Symbolik der Freiheit, die Rhetorik der Freiheit stehen im Zentrum der amerikanischen Zivilreligion wie nirgendwo sonst. Zugleich zeigen internationale Vergleiche: Nirgendwo sonst sind Patriotismus und Nationalismus weiter verbreitet und tiefer verwurzelt als in den USA, und sie sind besonders akut und zum Fieber gesteigert in krisenhaften Situationen wie nach dem Schlag vom 11. September 2001.

Freilich gibt es besonders im großen Amerika zu allem, was man verkürzend sagt, immer auch das Gegenteil – das macht den Reiz dieses Landes aus. An Kritik und Widerspruch fehlt es nicht. Doch jene Traditionen

sind stark, sie werden durch das Erziehungssystem, die Populärkultur, die Vereine und Kirchen, die staatlichen Organe immer wieder bekräftigt und neu belebt – auch als Mittel des Zusammenhalts einer ansonsten äußerst heterogenen Bevölkerung. In diesen Traditionen steht, diese Traditionen verschärft die Politik der gegenwärtigen amerikanischen Regierung.

Der Glaube an Freiheit, die Symbolik der Freiheit, die Rhetorik der Freiheit stehen im Zentrum der amerikanischen Zivilreligion wie nirgendwo sonst.

Doch zum anderen ist die Weltvorherrschaftsstrategie der gegenwärtigen US-Regierung modern und neu. Zunächst ist zu sagen, dass erst im 20. Jahrhundert die amerikanische Politik ihren globalen Radius gewann, vorübergehend im Ersten Weltkrieg unter Präsident Wilson, dann im Zweiten Weltkrieg unter Franklin D. Roosevelt. Der Rückzug auf den Status einer bloßen Regionalmacht war bis ins frühe 20. Jahrhundert möglich, theoretisch untermauert und vielfach empfohlen von Gründungsvätern wie George Washington. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist dies keine Option mehr, und wer nach 1990 die Rückkehr der USA zum Isolationismus fürchtete, sah sich – angenehm? – enttäuscht.

Zweitens wäre es ohne den Zusammenbruch der Sowjetunion wohl kaum zu der neuen Politik des amerikanischen Unilateralismus gekommen, die sich manchmal mehr an Moral als an Recht orientiert. Denn wie »checks and balances« zur Einhegung innenpolitischer Macht beitragen, zwang die Existenz anderer Großmächte, zwang das Gleichgewicht des Schreckens im Kalten Krieg auch die starken Amerikaner zu mehr Vorsicht und rücksichtsvolleren Strategien der Hegemonie gegenüber ihren Bündnispartnern wie umgekehrt diese zur Anlehnung um fast jeden Preis. Der neue Unilateralismus wurde nach dem Untergang der Sowjetunion seit den frühen 1990er Jahren in dem Staat ausgedacht, der als einzige Supermacht übriggeblieben war – übrigens von Intellektuellen und Politikern, die man eigentlich nicht als »Neokonservative«, sondern besser als »konservative Revolutionäre« bezeichnen sollte. Denn so sehr sie die Sonderstellung und die besondere Mission Amerikas bewahren und verwirklichen wollen, so sehr plädieren sie für die Revolutionierung der Mittel, mit denen das geschehen soll. Sie sind die Verfechter einer gewaltsamen Utopie, gegen alle historische Erfahrung. Das ist nicht konservativ.

Schließlich war es die neue Qualität des grenzüberschreitenden Terrors, der am 11. September 2001 diese lange vorher ausgedachte und von Teilen der politischen Klasse längst geplante Strategie in den USA durchsetzbar und mehrheitsfähig gemacht hat. Man mag sehr bezweifeln, ob der »War against Terror«, wie er von der Regierung innerhalb und außerhalb der Grenzen des Landes geführt wird, ein erfolgsversprechendes Mittel gegen den Terror ist. Ich bezweifle es. Man mag überzeugt sein, dass der sog. Krieg gegen den Terror die Freiheit sehr viel mehr bedroht als der Terror selbst. Ich glaube es. Aber der bedrohliche Charakter des neuen Terrors – oft in den Verwerfungszonen im Überschneidungsfeld zwischen westlicher und islamischer Kultur erzeugt – ist zugleich unbestreitbar. Patentantworten darauf hat man nicht. Er wird nicht schnell wieder verschwinden und es ist wahrscheinlich, dass diese Legitimationsgrundlage der neuen amerikanischen Politik noch eine ganze Weile zur Verfügung stehen wird.

Die andere amerikanische Tradition: kritische Öffentlichkeit und demokratischer Wandel

Diese knappe Skizze der Entstehungsbedingungen und Ursachen der heutigen Weltvorherrschaftspolitik der Amerikaner sollten eines deutlich gemacht haben: So wichtig die Rolle einzelner Personen dabei ist, vor allem die des gegenwärtigen Präsidenten, so sehr sollte man sich davor hüten, die neue amerikanische Politik als die Sache einer kleinen Gruppe verborbener Politiker und Ideologen zu sehen, als ein transitorisches Phänomen, das schnell vergehen würde, wenn die jetzigen Machtträger gingen. Die Bedingungen des Phänomens liegen tiefer, seine historische Ernsthaftigkeit ist nicht zu bezweifeln. Es könnte in der einen oder anderen Weise von längerer Dauer sein.

Oder nicht? Michael Mann endet sein Buch über die USA als »ohnmächtige Supermacht« mit folgenden Sätzen: »Zum Glück sind die Vereinigten Staaten eine Demokratie, und eine politische Lösung bietet sich im November 2004. Jagen wir die neuen Militaristen aus dem Amt. Denn sonst wird die Welt die Macht Amerikas weiter mindern.« Könnte sein Optimismus berechtigt sein?

Für ihn spricht, dass Amerika viele Gesichter hat, dass es ein, zwei, mehrere Amerikas gibt, die nicht identisch sind mit dem hier skizzierten. Insbesondere verfügt das Land über ein bewundernswertes Maß an

Selbstkorrekturfähigkeit. Dahinter stehen klug erfundene, lange bewährte, liberale Institutionen – »checks and balances« klassischer Art, wenn sie auch manchmal nicht wirken. Dahinter steckt eine lange Tradition kritischer Öffentlichkeit, die zeitweise durch Selbstzensur stillgestellt werden kann, dann aber doch wieder funktioniert. Dahinter steckt viel »common sense« – zeitweise betäubt, aber nicht für immer. Große Fehlentwicklungen und Irrwege sind immer wieder durch Selbstkorrektur von innen, nicht durch Eingriffe von außen beendet worden. Man denke an die Beseitigung der Sklaverei durch den Bürgerkrieg, die Überwindung des McCarthyismus nach dem Zweiten Weltkrieg, an den (noch nicht perfekten) Abbau der rassistischen Diskriminierung im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts, an Watergate oder an die Beendigung des Vietnam-Kriegs durch innere Proteste und den Verlust der Legitimation bei der eigenen Bevölkerung. Manches Anzeichen der letzten Monate und Wochen spricht dafür, dass sich auch diesmal in den USA die Gewichte wieder verschieben und Kurskorrekturen anstehen.

Dass beispielsweise ein Buch wie das von Michael Mann geschrieben wird und erscheint, ist selbst so ein Zeichen. Es ist Ausdruck einer Kultur der Kritik, die in den USA tief verwurzelt und kraftvoll ist, in den Universitäten und außerhalb.

Amerika und die europäische Identität

Und was folgt für uns in Europa aus alledem? Erstens gibt es wenig Grund für europäischen Hochmut. Die amerikanischen Antworten auf drängende Probleme mögen falsch und langfristig kontraproduktiv sein. Aber man weiß nicht genau, welches die richtigen Antworten sind. Aussetzen allein reicht nicht. Für europäische Bescheidenheit spricht auch die Geschichte. Das Morden und die ethnischen Säuberungen auf dem Balkan in den 1990er Jahren wurden nicht primär durch die Europäer zum Ende gebracht, obwohl es eine europäische Sache gewesen wäre, sondern vielmehr unter maßgeblicher Teilnahme der Amerikaner, ohne die es kaum gelungen wäre. In den hier interessierenden Hinsichten, ist die Handlungsfähigkeit Europas erbärmlich gering. Sie ist durch die Erweiterung der EU nicht gewachsen. Sie nimmt überdies durch die sozialökonomische Krise weiter ab, in der sich die Bundesrepublik befindet und die sich auf den europäischen Zusammenhalt negativ auswirkt. Hochfliegende Visionen von der strategischen Begründung der europäischen Ei-

nigung und ihrer Frieden stiftenden Wirkung bis weit in die muslimische Welt hinein entbehren fürs Erste der ernsthaften Grundlage, auch wenn sie vom deutschen Außenminister entwickelt werden.

Aber zweitens ist es gut, dass die Mehrzahl der europäischen Staaten und die EU in Übereinstimmung mit der riesengroßen Mehrheit der Europäer den anglo-amerikanischen Krieg im Irak nicht mitgemacht haben und auch auf hiesigen Terror – beispielsweise in Madrid – viel bedacht-samer reagieren als die Amerikaner auf ihren, sei dieser tatsächlich oder imaginär. Auf die tiefen Einbrüche der europäischen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts reagiert Europa mit dem Versuch seiner Integration. Nach diesen Einbrüchen ist das Sendungsbewusstsein in unserem Weltteil bescheidener geworden. In vielerlei Hinsicht ticken die Uhren hier anders als in den USA. Beispielsweise fehlt es an dem utopischen Glauben, dass man mit dem Einsatz militärischer Gewalt eine Gesellschaft mit ganz anderen Traditionen zu einer Demokratie westlicher Machart verändern könnte. Gegen diese grandiose Selbstüberschätzung ist man in den hiesigen Ländern ziemlich gefeit.

Dennoch wäre es falsch, europäische Identität im Gegensatz zu Amerika zu begründen. Dazu verbindet uns zu viel an Interessen, Geschichte und Werten. Es sind die gemeinsamen Interessen hoch industrialisierter Länder, beispielsweise an Rohstoffen. Es ist die gemeinsame Geschichte, die Europäer und Amerikaner, vor allem aber die USA und die Bundesrepublik miteinander verbinden und von der wir viel profitiert haben. Es sind, im Prinzip, die gemeinsamen Grundwerte mit ihrer Verwurzelung in der Aufklärungstradition. Das ist, zusammen genommen, als gemeinsame Basis nicht wenig, mehr als die Gemeinsamkeit Europas mit irgendeiner anderen Großregion der Welt. Aber diese Grundwerte gilt es zu verteidigen. Auch lebt Identität von Differenz. Auch europäische Identität braucht die Selbstunterscheidung von anderem. Die gravierenden europäisch-amerikanischen Differenzen zu benennen und auszutragen, in Auseinandersetzung und Dialog, ist somit nicht nur unvermeidlich, sondern überdies produktiv.